

**Runder Tisch Bahnhofsviertel – Aufgaben des Sicherheitsdienstes konkretisieren**  
Antrag Nr. 14-20 / A 01017 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/RL vom  
07.05.2015

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V03875**

**Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 22.09.2015 (SB)**  
Öffentliche Sitzung

**Kurzübersicht**  
zur beiliegenden Beschlussvorlage

<b>Anlass</b>	Antrag Nr. 14-20 / A 010717 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN/RL
<b>Inhalt</b>	In der Vorlage werden die Ergebnisse des Runden Tisches dargestellt.
<b>Entscheidungsvorschlag</b>	Dem Vorschlag des RAW, der Theatergemeinde e.V. bis zur Inbetriebnahme des Beratungscafés in der Sonnenstraße einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 50%, maximal 2.000 Euro, der nachgewiesenen Kosten zu gewähren, wird zugestimmt.
<b>Gesucht werden kann im RIS auch nach</b>	Südliches Bahnhofsviertel, Kreuzung ,Theatergemeinde e.V., Sicherheitsdienst

## **Runder Tisch Bahnhofsviertel – Aufgaben des Sicherheitsdienstes konkretisieren**

Antrag Nr. 14-20 / A 01017 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/RL vom  
07.05.2015

### **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03875**

2 Anlagen

#### **Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 22.09.2015 (SB)**

Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten**

Am 21. April 2015 hat der Stadtrat im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft einstimmig die Weiterförderung des Beratungsprojektes, Infozentrum Migration und Arbeit, für süd- und osteuropäische Zuwanderer beschlossen. In derselben Vorlage wurde ein Antrag der Theatergemeinde auf Unterstützung eines privaten Sicherheitsdienstes an der Kreuzung Goethe/Landwehrstraße im Südlichen Bahnhofsviertel behandelt (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02711). Beschlossen wurde eine finanzielle Zuwendung für zusätzliche Leistungen, die der Beschäftigte des Sicherheitsdienstes als Erstkontakt und Lotse für die sich an der Kreuzung aufhaltenden überwiegend aus Bulgarien stammenden Arbeitsuchenden übernehmen sollte. Eine unmittelbar erfolgte lokale Berichterstattung führte zu einem Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL (vgl. Anlage 1) mit der Bitte an den Oberbürgermeister, „einen Runden Tisch zu den Aufgaben des Sicherheitsdienstes im Bahnhofsviertel einzuberufen“. Der Stadtrat sollte zeitnah über die Ergebnisse informiert werden. Dieser Bitte wurde entsprochen und das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) wurde mit der Einrichtung des Runden Tisches beauftragt.

Am 17. Juni 2015 fand der Runde Tisch auf Einladung des RAW statt. Des weiteren sind Stellungnahmen des Kreisverwaltungsreferates, der Sozialreferentin und der Initiative Zivilcourage eingegangen (vgl. Anlage 2).

#### **1. Ergebnis des Runden Tisches vom 17. Juni 2015**

Die Ergebnisse des Runden Tisches lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die im Antrag kolportierten Vorwürfe gegen den Sicherheitsdienst, er wirke abschreckend und vertreibe die Menschen, wurden nicht bestätigt. Seine Tätigkeit wirkt auch nach Auskunft aller Beteiligten nicht aggressiv; sondern deeskalierend. Übergriffe sind nicht bekannt.
- Gleichwohl besteht Einvernehmen, dass die beiden Funktionen, privater Wachdienst und Aktivitäten als Lotse, eigentlich zu trennen wären. Allerdings sieht niemand eine

schnellere Lösung, als den Weg, wie er in der Beschlussvorlage vom 21. April beschrieben wurde, zu gehen.

- Angesichts des noch nicht bekannten Eröffnungstermins für das Beratungscafe können sich die Beteiligten vorstellen, den Vorschlag des RAW mitzutragen, den Lotsendienst so lange zu unterstützen, bis das Beratungscafe seinen vollen Geschäftsbetrieb aufnimmt.
- Monatlich soll die Tätigkeit vor Ort dokumentiert und entschieden werden, ob der Einsatz in dieser Form weiter erforderlich ist. Der Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes ist kein Berater im engeren Sinne, sondern er informiert. Dazu wird ein Info-Blatt erstellt, das die Zielgruppe über die wichtigsten Einrichtungen und Anlaufstellen informiert.
- Damit die Aufgabe des Lotsen reibungslos erfolgen kann, ist eine enge Anbindung an die Berater des Infozentrums im Sinne von Kooperation und Austausch geboten. Auch eine kultursensible Schulung wird anempfohlen.
- Das KVR und die Sozialreferentin werden informiert und um Stellungnahmen gebeten.

## 2. Stellungnahmen

### a) Kreisverwaltungsreferat

Das Kreisverwaltungsreferat führt in seiner Stellungnahme vom 17.07.2015 aus, dass ein privater Sicherheitsdienst im öffentlichen Raum grundsätzlich als kritisch angesehen würde, jedoch nachvollziehbar sei, dass die „andauernde Präsenz der Arbeitssuchenden ... von den Anwohnern und Gewerbetreibenden als belastend empfunden wird“. Da nach Ansicht des KVR eine eingeschränkte Nutzbarkeit der Fußgängerwege im Kreuzungsbereich für die Allgemeinheit nicht belegt werden konnte, sei auch kein behördliches Einschreiten möglich. Gleichwohl könne der „moderate (!) Einsatz des Sicherheitsdienstes ... wohl hingenommen werden, sofern er nicht selbst den öffentlichen Raum unerlaubt gewerblich nutzt, sondern im Privatbereich der Theatergemeinde operiert“. Eine formelle Aufspaltung der Finanzierung und Übernahme nur des Anteils der 'Lotsenfunktion' (z.B. bis zur Inbetriebnahme des Betreuungscafés) ist aus Sicht des KVR nur dann glaubhaft, wenn die Beratung personell getrennt von der Security erfolgt.

### b) Sozialreferat

Die Sozialreferentin teilt am 17.07.2015 in ihrer Stellungnahme mit, dass sie der befristeten finanziellen Unterstützung der Theatergemeinde e.V. für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes mit erweiterten Aufgaben zustimme. Auch sie geht davon aus, dass das Beratungscafé in der Sonnenstraße zum Jahresende soweit ausgebaut ist, „dass die Unterstützung des Sicherheitsdienstes ab 2016 nicht mehr nötig ist“.

### c) Initiative Zivilcourage

Die Initiative Zivilcourage wird getragen durch ehrenamtliches Engagement. Ziel dieser

Gruppe ist es, prekarierte Migrantinnen und Migranten aus den neuen EU-Ländern dabei zu unterstützen, ihre Bedürfnisse sichtbar zu machen und sie in ihren Bürgerrechten zu stärken, die sie durch die Aufnahmegesellschaft nicht genügend respektiert sieht. „Nur durch eine größere Durchlässigkeit der Grenzen der Stadtgesellschaft kann die prekäre Situation, die den Menschen nur den öffentlichen Raum als sozialen Ort lässt, entspannt werden. Selbstorganisierte Räume, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Zugang zu bestehenden Rechten wie Notunterbringung und in vielen Fällen ALG II, sowie die sprachliche und interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und sozialen Angebote käme dem entgegen. Bis dahin sollte pragmatisch mit der Situation umgegangen werden, z.B. durch das Aufstellen von Sitzgelegenheiten, so dass Arbeitsuchende nicht vor Hauseingängen sitzen müssen“.

### 3. Vorschlag einer Entscheidung

Mit Ausnahme der Initiative Zivilcourage wird von allen am Runden Tisch Beteiligten anerkannt, dass die Situation an der Kreuzung für die Anwohner und Gewerbetreibenden eine Belastung darstellt. Alle Betroffenen erhoffen sich von dem Beratungscafé in der Sonnenstraße einen entlastenden Effekt. Da aber erst Ende des Jahres mit der Eröffnung dieses Beratungscafés gerechnet werden kann, ist eine Übergangslösung, entsprechend des Vorschlags wie er in der Beschlussvorlage vom 21. April 2015 formuliert wurde, die pragmatischste und am schnellsten umzusetzende Lösung.

Deshalb beantragt das RAW, den Beschluss vom 21. April 2015 in modifizierter Form folgendermaßen umzusetzen:

- Die Theatergemeinde e.V. erhält bis zur völligen Inbetriebnahme des Beratungscafés in der Sonnenstraße als Antragstellerin einen monatlichen Zuschuss für ihren Sicherheitsdienst in Höhe von 50 % der nachgewiesenen Kosten, maximal 2.000,-€.
- In einem monatlichen Bericht an das RAW gibt die Theatergemeinde e.V. Auskunft über die über den Tag hinweg stattfindenden Bewegungen an der Kreuzung, über das tatsächliche Aufkommen und evtl. zu beobachtende Ereignisse. Damit soll über einen längeren Zeitraum hinweg eine Dokumentation entstehen, die die im Moment existierenden „persönlichen Stichproben“ erweitert und einen besseren Überblick über die Situation an der Kreuzung erlaubt.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Kreisverwaltungsreferat und dem Sozialreferat abge-

stimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Manuel Pretzl, und die Verwaltungsbeirätin für Kommunale Beschäftigungspolitik, Frau Stadträtin Simone Burger, haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Dem Vorschlag des RAW, der Theatergemeinde e.V. bis zur Inbetriebnahme des Beratungscafés in der Sonnenstraße einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 50%, maximal 2000 Euro, der nachgewiesenen Kosten zu gewähren, wird zugestimmt.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 01017 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2015 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss** nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid  
2. Bürgermeister

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenografischen Sitzungsdienst  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt  
z.K.

**V. Wv. RAW - FB III**

zur weiteren Veranlassung.

Zu V.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An  
das Sozialreferat  
das Kreisverwaltungsreferat  
z.K.

Am